**Bebauungsplan "Windpark Schößbusch" 1. Änderung
in der Gemeinde Olsbrücken
Kreis Kaiserslautern**

**Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen aus der frühzeitigen Öffentlichkeits-
beteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und der frühzeitigen Beteiligung der Behörden
und Träger sonstiger Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB**

1. Allgemeines zum Verfahren
2. Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange
3. Stellungnahmen aus der Öffentlichkeitsbeteiligung

Stand: August 2014

1. Allgemeines zum Verfahren

Die Gemeinde Olsbrücken möchte den Bebauungsplan "Schößbusch" ändern, um eine Windenergieanlage in diesem Bebauungsplan repowern zu können.

Deshalb wurde ein Aufstellungsbeschluss für die 1. Änderung gefasst und die Behörden sowie Öffentlichkeit frühzeitig von Mai bis Juni 2014 beteiligt. Dabei hatten sowohl die Öffentlichkeit als auch die Behörden die Gelegenheit, sich zum Vorentwurf der Bebauungsplanänderung zu informieren und eine entsprechende Stellungnahme unter Anregungen und Hinweise abzugeben.

Anschließend ist der Rücklauf der Stellungnahmen sowie deren Abwägung bzw. Berücksichtigung und Beachtung in der weiteren Planung dargestellt.

Nr.	Träger öffentlicher Belange, Behörden	Eingang am	Anregungen und Hinweise
1.	Kreisverwaltung Kaiserslautern Untere Landesplanungsbehörde Lauterstraße 8 67657 Kaiserslautern	18.06.2014	Hinweise
2.	Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr Referat I.3 Fontainengraben 200 53123 Bonn	01.07.2014	Bedenken
3.	Vermessungs- und Katasteramt Westpfalz Dienstort Kusel Bahnhofstraße 59 66869 Kusel	15.07.2014	keine
4.	Stadtentwässerung Kaiserslautern Betriebsführung für das Kanalwerk der Ver- bandsgemeinde Otterbach Blechhammerweg 50 67659 Kaiserslautern	08.07.2014	Hinweis
5.	Verbandsgemeindeverwaltung Lauterecken-Wolfstein Bergstraße 2 67752 Wolfstein	07.07.2014	keine
6.	Verbandsgemeindeverwaltung Weilerbach Rummelstraße 15 67685 Weilerbach	27.06.2014	keine
7.	Verbandsgemeindeverwaltung Otterbach-Otterberg Konrad-Adenauer-Straße 19 67731 Otterbach	25.06.2014	Hinweise
8.	SWK Stadtwerke Kaiserslautern Versor- gungs-AG Bismarckstraße 14 67655 Kaiserslautern	17.07.2014	keine

Nr.	Träger öffentlicher Belange, Behörden	Eingang am	Anregungen und Hinweise
9.	Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd Abt. 3: Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft, Bodenschutz Fischerstraße 12 67655 Kaiserslautern	01.07.2014	keine
10.	Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd Abt. 2: Gewerbeaufsicht Karl-Helfferich-Straße 2 67433 Neustadt a. d. Weinstraße	15.07.2014	keine
11.	Pfalzwerke Netz AG RN Regionalnetz Kurfürstenstraße 29 67072 Ludwigshafen	16.07.2014	Hinweise
12.	Landesbetrieb Mobilität Kaiserslautern Morlauerer Straße 20 67657 Kaiserslautern	21.07.2014	Hinweise
13.	Landesbetrieb Liegenschafts- und Baube- treuung NL Kaiserslautern Rauschenweg 32 67663 Kaiserslautern	16.07.2014	keine
14.	Landesamt für Geologie und Bergbau Emy-Roeder-Straße 5 55129 Mainz	04.07.2014	Hinweise
15.	Generaldirektion Kulturelles Erbe Rheinland- Pfalz Direktion Landesarchäologie Außenstelle Speyer Kleine Pfaffengasse 10 67346 Speyer	14.07.2014	Hinweise
16.	Forstamt Otterberg Otterstraße 47 67697 Otterberg	14.07.2014	keine
17.	Dienstleistungszentrum ländlicher Raum/DLR Westpfalz Fischerstraße 12 67655 Kaiserslautern	01.07.2014	keine
18.	Deutsche Telekom Technik GmbH Technische Infrastruktur NL Südwest Pirmasenser Straße 65 67655 Kaiserslautern	01.07.2014	Hinweis
19.	Amprion GmbH Betrieb/Projektierung Leitungen Bestandssicherung Rheinlanddamm 24 44139 Dortmund	03.07.2014	keine

Nr.	Öffentlichkeitsbeteiligung	Eingang am	Anregungen und Hinweise
1.	Bürgerinitiative Gegenwind c/o Klaus Kleber Weiherstraße 19 67700 Niederkirchen	16.06.2014	Bedenken

Hinweis:

Nachfolgend sind alle Stellungnahmen dieser frühzeitigen Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung, die abgegeben wurden, aufgeführt. Diese wurden zum größten Teil in der Originalfassung abgedruckt und teilweise zur besseren Lesbarkeit neu zugeschnitten. Teilweise werden die Sachdarstellungen der Stellungnahmen jedoch in Kurzform dargestellt. Die Originalstimmungen können bei der Verbandsgemeindeverwaltung Otterbach-Otterberg eingesehen werden.

2. Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange

2.1 Stellungnahme der Kreisverwaltung Kaiserslautern, Untere Landesplanungsbehörde, Kaiserslautern

Sachbericht:

1. Untere Landesplanungsbehörde

Bezüglich der dargelegten Ausgangslage ist festzustellen, dass diese nicht der tatsächlichen Situation entspricht. Zwischenzeitlich sind bereits zwei Windenergieanlagen abgebaut worden, die Letzte Mitte Juni 2014. Dies bitten wir bei der Sachverhaltsdarstellung in der Begründung entsprechend zu berücksichtigen.

Mit der vorgelegten Planung soll auch der Geltungsbereich um die Flurstücke 1611, 1612, 1614 und 1615 erweitert werden. Diese Grundstücke liegen zwar außerhalb der im aktuellen Flächennutzungsplan der Verbandsgemeinde Otterbach dargestellten Sondergebietsfläche „Windenergie“, betreffen jedoch nicht den eigentlichen Anlagenstandort sondern lediglich, die von den Rotoren überstrichenen Flächen. Aufgrund der Geringfügigkeit und der grundsätzlichen Parzellenunschärfe von Flächennutzungsplänen, erscheint dies aus städtebaulicher und raumordnerischer Sicht vertretbar.

In Bezug auf die Höhenfestsetzungen, Textliche Festsetzung 1.1, regen wir an zu prüfen, inwieweit es nicht sach- und ermessensgerecht ist, auch die Höhenbeschränkung von max. 100 m auch für die drei anderen Anlagenstandorte aufzuheben, um die Errichtung leistungsfähigerer Windenergieanlagen im Rahmen eines Repowerings zu ermöglichen. Dies, zumal gerade die der Ortslage am nächsten zugewandten Windenergieanlage zukünftig eine maximale Höhe von 200m haben darf und die der Ortslage abgewandten Anlagen jedoch nicht.

Abwägung:

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Es erfolgt eine Berichtigung der Sachdarstellung. Dass die geringfügige Erweiterung des Geltungsbereiches in Bezug auf den Flächennutzungsplan vertretbar ist, wird ebenfalls zur Kenntnis genommen. Die Anregung, die Höhenbeschränkung von 100 m auf 200 m auch für die anderen Anlagenstandorte vorzunehmen, wird zur Kenntnis genommen. Derzeit ist jedoch noch ungewiss, ob eine Erhöhung der anderen Anlagen projektiert wird. Deshalb soll nur Änderung des Bebauungsplanes für die südlichste Anlage erfolgen. Sollten sich die bezüglich der anderen Anlagen später neuere Erkenntnisse ergeben, wird eine entsprechende weitere Änderung des Bebauungsplanes erfolgen. Dies möchte sich der Gemeinderat jedoch vorbehalten.

Sachbericht:

2. Untere Naturschutzbehörde

Aus naturschutzfachlicher Stellungnahme kann keine Stellungnahme abgegeben werden, da noch keine Unterlagen hierzu vorliegen.

Abwägung:

Dass aus naturschutzfachlicher Sicht keine Stellungnahme abgegeben wird, da noch keine Unterlagen hierzu vorliegen, wird zur Kenntnis genommen. Der Umweltbericht wird im Rahmen des Entwurfes nun erstellt. Darin werden auch dann die eingegangenen Anregungen und Stellungnahmen aus dem frühzeitigen Beteiligungsverfahren berücksichtigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:

Nein-Stimmen:

Stimmenthaltungen:

2.2 Stellungnahme des Bundesamtes für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr, Referat I.3, Bonn

Sachbericht:

Es erfolgte zunächst die Bitte zur Fristverlängerung und ein Hinweis, dass zukünftig eine andere Dienststelle zuständig sei. In einer weiteren Stellungnahme vom 23.07.2014 wird Folgendes vorgetragen:

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Errichtung der o.a. Windenergieanlage wird aus flugsicherungstechnischen und flugbetrieblichen Gründen seitens der Bundeswehr nicht zugestimmt.

Flugsicherungstechnische Bedenken:

Durch die hier geplante Windenergieanlage wird, in Verbindung mit den Bestands-/Planungsanlagen, eine Störzone generiert, die den Erfassungsverlust eines langsam fliegenden Luftfahrzeuges mit hoher Wahrscheinlichkeit erwarten lässt. Dies stellt ein nicht hinnehmbares Risiko dar.

Flugbetriebliche Bedenken:

Der geplante Standort der Windenergieanlage liegt auf einer VFR An-/Abflugstrecke des Militärflugplatzes Rammstein und innerhalb einer Warteschleife (Holdingpattern). Diese Strecke wird den VR An-/Abflug zum Militärflugplatz Rammstein bei Tag und Nacht benötigt. Durch den Bau der Windenergieanlage wäre dieser VFR An-/Abflug, der die einzige Strecke in Richtung Norden ist, operationell nicht mehr nutzbar und würde somit die militärische Aufgabenerfüllung und den Flugbetrieb erheblich stören und einschränken.

Abwägung:

Der Hinweis, dass aus flugsicherungstechnischen und flugbetrieblichen Gründen die Errichtung einer Windenergieanlage nicht zugestimmt wird, wird zur Kenntnis genommen. Die hier aufgeführten Bedenken bestehen jedoch auf keinen konkreten Grundlagen, sondern sind lediglich Vermutungen. Deshalb wird an der Planung festgehalten. Die Informationen werden im Rahmen des BlmSch-Antrages detailliert geprüft, was im Rahmen des Bebauungsplanes nicht erfolgen kann. Deshalb hält die Gemeinde Olsbrücken an ihrer Planung fest.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:
Nein-Stimmen:
Stimmenthaltungen:

2.3 Stellungnahme des Vermessungs- und Katasteramtes Westpfalz, Dienstort Kusel

Sachbericht:

Seitens des Vermessungs- und Katasteramtes Westpfalz werden keine Bedenken vorgebracht. Es wird angeregt, die Gemarkungsgrenzen der angrenzenden Gemarkung noch darzustellen.

Abwägung:

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Eine Abwägung ist nicht erforderlich.

2.4 Stellungnahme der Stadtentwässerung Kaiserslautern, Betriebsführung für das Kanalwerk der Verbandsgemeinde Otterbach, Kaiserslautern

Sachbericht:

Es wird erklärt, dass sich durch die Erhöhung der Anlage nichts an der Abflusssituation verändert und deshalb kann dem Bebauungsplan zugestimmt werden.

Abwägung:

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Eine Abwägung ist nicht erforderlich.

2.5 Stellungnahme der Verbandsgemeindeverwaltung Lauterecken-Wolfstein, Wolfstein

Sachbericht:

Es wird erklärt, dass keine grundsätzlichen Bedenken bestehen. Es wird auf einen Rotmilanhorst in der Gemarkung Kreimbach-Kaulbach hingewiesen.

Abwägung:

Der Hinweis zum Rotmilan wird zur Kenntnis genommen. Dies wird in der weiteren Bearbeitung geprüft. Dass keine Bedenken bestehen, wird ebenfalls zur Kenntnis genommen. Eine Abwägung ist nicht erforderlich.

2.6 Stellungnahme der Verbandsgemeindeverwaltung Weilerbach

Sachbericht:

Es wird erklärt, dass die Planungsabsichten der Verbandsgemeinde Weilerbach und der verbandsangehörigen Ortsgemeinden durch die Planungen nicht betroffen sind. Deshalb werden weder Anregungen noch Bedenken vorgetragen.

Abwägung:

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Eine Abwägung ist nicht erforderlich.

2.7 Stellungnahme der Verbandsgemeindeverwaltung Otterbach-Otterberg, Bauabteilung, Otterbach

Sachbericht:

Es wird auf einen vorhandenen jüdischen Friedhof hingewiesen. Dieser soll im Zuge der Bebauungsplanänderung beachtet werden.

Hinweis:

Es lag eine Stellungnahme seitens der Kreisverwaltung, Untere Denkmalschutzbehörde, bei, in dem auf diesen jüdischen Friedhof ganz allgemein hingewiesen wird.

Abwägung:

Der Hinweis zum jüdischen Friedhof wird zur Kenntnis genommen. Dieser ist durch die geplante Bebauungsplanänderung jedoch nicht betroffen, insbesondere dadurch, dass der Standort bereits vorhanden war und lediglich eine neue Anlage auf altem Standort errichtet werden soll. Es erfolgt jedoch ein Hinweis im Umweltbericht.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:
Nein-Stimmen:
Stimmenthaltungen:

2.8 Stellungnahme der Stadtwerke Kaiserslautern Versorgungs-AG, Kaiserslautern

Sachbericht:

Es wird erklärt, dass keine Versorgungsleitungen der SWK betroffen sind.

Abwägung:

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Eine Abwägung ist nicht erforderlich.

2.9 Stellungnahme der Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd, Regionalstelle Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft, Bodenschutz, Kaiserslautern

Sachbericht:

Es wird erklärt, dass durch die geplante Bebauungsplanänderung keine fachtechnischen Belange der SGD berührt sind und die früheren Stellungnahmen aus den Jahren 2010, 2011 weiterhin ihre Gültigkeit behalten. Auf eine weitere Trägerbeteiligung im Zuge der Umweltprüfung kann aus Sicht der SGD verzichtet werden.

Abwägung:

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Eine Abwägung ist nicht erforderlich.

2.10 Stellungnahme der Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd, Regionalstelle Gewerbeaufsicht, Neustadt

Sachbericht:

Es wird erklärt, dass aus Gründen des Immissionsschutzes keine grundsätzlichen Bedenken bestehen. Es wird auf das Genehmigungsverfahren nach BImSchG hingewiesen, dass hier noch eine Einzelfallprüfung stattfindet.

Abwägung:

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Eine Abwägung ist nicht erforderlich.

2.11 Stellungnahme der Pfalzwerke Netz AG, Ludwigshafen

Sachbericht:

Guten Tag,

im Rahmen unserer Beteiligung an dem im Betreff genannten Verfahren geben wir folgende Stellungnahme ab.

Die mitgeteilte Planung berührt Belange unseres Aufgaben-/Zuständigkeitsbereiches, es bestehen aber keine Bedenken zur Änderung der Inhalte des rechtswirksamen Bebauungsplanes. Wir geben nachstehende Anregungen an Sie weiter und bitten um deren Berücksichtigung.

Innerhalb des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplanes (Plangebiet) und außerhalb des Geltungsbereiches, aber im möglichen Beeinflussungsbereich der zur Errichtung vorgesehenen Windenergieanlage sind folgende Versorgungseinrichtungen der Pfalzwerke Netz AG als Bestand zu berücksichtigen:

lfd. Nr.	Versorgungseinrichtungen
1	20-kV-Starkstromfreileitung, Pos. 085-00, Leitungsabschnitt Mast Nr. 602915 bis Mast Nr. 602924
2	20-kV-Starkstromfreileitungen, Pos. 149-00, Leitungsabschnitt Mast Nr. 602921 bis Mast Nr. 602541

Die Freileitungen sind in der Planzeichnung nachrichtlich bereits hinreichend lagegenau ausgewiesen.

Grundsätzlich sind im Nahbereich von Freileitungen bei der Errichtung von Windenergieanlagen (WEA) fachtechnische Vorschriften bzw. Empfehlungen, durch welche Konflikte (Störungen/Gefährdungen) mit Infrastruktureinrichtungen der Stromversorgung vermieden werden sollen, einzuhalten bzw. zu beachten.

So sind bei Einhaltung eines Mindestabstandes vom Dreifachen des Rotordurchmessers einer WEA (definiert als der gemessene Abstand zwischen dem Vertikallot der Rotorblattspitze und dem Vertikallot des äußeren Leiterseils einer Freileitung) keine Auswirkungen auf eine in der Nähe einer WEA bestehende Freileitung zu erwarten.

Die im Bebauungsplan ausgewiesene Fläche für Versorgungsanlagen mit der Zweckbestimmung „Elektrizität“ für die WEA1 liegt innerhalb des Abstandes von max. 360 m (= 3 x 120 m maximaler Rotordurchmesser der WEA) der 20-kV Freileitungen unseres Unternehmens.

Bei Unterschreitung dieses Mindestabstandes zu unseren Freileitungen kann die von einer WEA verursachte Windströmung die Leiterseile der Freileitungen in Schwingungen versetzen und damit Schäden an den Leiterseilen verursachen. Eine Prüfung, inwieweit unsere Freileitungen durch eine WEA beeinflusst werden und Schwingungsschutzmaßnahmen erforderlich werden, erfolgt im Regelfall erst vor baulicher Realisierung von WEA, im Zuge der nachgelagerten Genehmigungsverfahren zur Errichtung der WEA.

Zur textlichen Berücksichtigung der Freileitungen im Beeinflussungsbereich der Windenergieanlage regen wir an, im Textteil des Bebauungsplanes, unter einem separaten Punkt für Hinweise und Empfehlungen ohne Festsetzungscharakter, die nachstehenden Inhalte zu übernehmen.

*Versorgungsleitungen Strom
Freileitungen*

Innerhalb des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes und im Beeinflussungsbereich der Windenergieanlage (WEA) befinden sich 20-kV-Freileitungen der Pfalzwerke Netz AG. Vor Errichtung/Änderung der WEA im Geltungsbereich des Bebauungsplanes wird in Bezug auf diese Freileitungen eine fachtechnische Abstimmung mit dem Leitungsbetreiber erforderlich. Diese kann im Zuge der Beteiligung des Leitungsbetreibers am erforderlichen Genehmigungsverfahren zur Errichtung/Änderung der WEA erfolgen.

Wir bitten um weitere Beteiligung an den nachfolgenden Verfahrensschritten und Mitteilung, inwieweit aufgrund unserer geäußerten Anregungen eine Anpassung der Unterlagen zum Entwurf des Bebauungsplanes vorgenommen wird.

Weiterhin bitten wir Sie, nach dem In-Kraft-Treten des Bebauungsplanes, um Zusendung der rechtskräftig gewordenen Unterlagen, ausschließlich zur Verwendung in unserem Unternehmen. Hierfür bedanken wir uns bei Ihnen bereits im Voraus.

Abwägung:

Die Hinweise zu den beiden 20 kV-Freileitungen werden zur Kenntnis genommen. Es wird auch zur Kenntnis genommen, dass diese bereits in den Unterlagen berücksichtigt sind. Der Hinweis, dass der Mindestabstand bei einer der Freileitungen unterschritten wird, wird ebenfalls zur Kenntnis genommen. Dies wird im weiteren Verfahren detailliert geprüft. Dem Wunsch, den Hinweis in den Bebauungsplan zu übernehmen, wird entsprochen. Es erfolgt eine redaktionelle Übernahme in die Bebauungsplanunterlagen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:
Nein-Stimmen:
Stimmenthaltungen:

2.12 Stellungnahme des Landesbetriebes Mobilität Kaiserslautern

Sachbericht:

Sehr geehrte Damen und Herren,

wie bereits zum ursprünglichen Bebauungsplanentwurf „Schößbusch“ mit der 4. Teiländerung der Fortschreibung I des Flächennutzungsplanes, bestehen unsererseits auch hier zur 1. Änderung keine grundsätzlichen Bedenken.

Die dargestellten Windenergieanlagen befinden sich in einem Abstand von mindestens 500 m zu klassifizierten Straßen (B270 und K28/KL) in der Umgebung.

Somit außerhalb der anbaurechtlich zu beachtenden Abstände gem. § 22 Abs. 1 Nr.1 Landesstraßengesetz und § 9 Abs. 1 Fernstraßengesetz. Auch wird unsere Empfehlung zum einzuhaltenen Mindestabstand, der Kipphöhe (= ½ Fundamentdurchmesser + Nabenhöhe + ½ Rotor-durchmesser), zum äußeren Rand der befestigten Fahrbahnen der klassifizierten Straßen, mit der vorliegenden Änderung noch erfüllt.

Die verkehrliche Erschließung ist im Planentwurf nicht dargestellt, allerdings wird in der Begründung darauf hingewiesen, dass sich an der Erschließung nichts ändert.

Insofern gehen wir davon aus, dass die Zufahrt, wie bereits bei den vorhandenen Anlagen, im Zuge der Kreisstraße 28/ Kreis Kaiserslautern zwischen Netzknoten 6411026 u. 6412007, bei ca. Station 2,300 erfolgen soll. In vorhergehenden Genehmigungsverfahren wurde der Fa. Juwi für die ehemals errichteten Anlagen die Ausnahme vom Anbauverbot in den zugrunde gelegenen Baurechtsverfahren für die Erschließung (Zufahrt zur K28) erteilt wurde.

Die weitere Beteiligung des Straßenbaulastträgers in Verfahren die Baurecht zur Errichtung bzw. Änderungen von bestehenden Windenergieanlagen außerhalb des Bebauungsplanverfahrens schaffen (z.B. gem. BImSchG) sehen wir als erforderlich an, sofern diese Anlagen innerhalb der eingangs genannten Abstände zu klassifizierten Straßen errichtet bzw. über Zufahrten zu klassifizierten Straßen außerhalb einer Ortsdurchfahrt erschlossen werden sollen.

Insofern sind wir in folgenden Verfahren (z.B. gem. BImSchG) beim Vorliegen der v. g. Faktoren unbedingt zu beteiligen.

Wir bitten nach Abschluss des Verfahrens um Übersendung einer Durchschrift Ihrer Entscheidung -unter Angabe unseres Aktenzeichens- für unsere Unterlagen.

Abwägung:

Der Hinweis, dass keine grundsätzlichen Bedenken vorgetragen werden, wird zur Kenntnis genommen. Die allgemeinen Hinweise zu den Abständen zu klassifizierten Straßen (B 270 und K 28) werden zur Kenntnis genommen. Der Hinweis, dass die alten Erschließungsanlagen weiter genutzt werden, wird durch das LBM so bestätigt. Eine detaillierte Prüfung hinsichtlich der Zufahrten und der Abstände wird im nachfolgenden BlmSch-Antrag detailliert geprüft. Die rechtlichen Abstandsbestimmungen sind jedoch eingehalten. Eine Änderung der Planung ist hierdurch nicht erforderlich.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:
Nein-Stimmen:
Stimmenthaltungen:

2.13 Stellungnahme des Landesbetriebes Liegenschafts- und Baubetreuung, Niederlassung Kaiserslautern

Sachbericht:

Es wird erklärt, dass keine Einwendungen erhoben werden.

Abwägung:

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Eine Abwägung ist nicht erforderlich.

2.14 Stellungnahme des Landesamtes für Geologie und Bergbau, Mainz

Sachbericht:

Sehr geehrte Damen und Herren,

aus Sicht des Landesamtes für Geologie und Bergbau Rheinland-Pfalz werden zum oben genannten Planvorhaben folgende Anregungen, Hinweise und Bewertungen gegeben:

Bergbau / Altbergbau:

Die Prüfung der hier vorhandenen Unterlagen ergab, dass im Bereich des Bebauungsplanes "Windpark Schößbusch" kein Altbergbau dokumentiert ist und kein aktueller Bergbau unter Bergaufsicht erfolgt.

Abwägung:

Die Hinweise, dass kein Altbergbau dokumentiert ist, wird zur Kenntnis genommen. Eine Abwägung ist nicht erforderlich.

Sachbericht:

Boden und Baugrund

– **allgemein:**

Bei Eingriffen in den Baugrund sind grundsätzlich die einschlägigen Regelwerke (u.a. DIN 4020, DIN EN 1997-1 und -2, DIN 1054) zu berücksichtigen. Für Neubauvorhaben oder größere An- und Umbauten (insbesondere mit Laständerungen) sind in der Regel objektbezogene Baugrunduntersuchungen zu empfehlen.

Bei Bauvorhaben in Hanglagen sollte die Stabilität des Untergrundes im Hinblick auf eventuelle Steinschlag- und Rutschungsgefährdungen geprüft werden. Informationen hierzu sind auch auf der Internetseite des Landesamtes für Geologie und Bergbau unter

http://www.lgb-rlp.de/ms_rutschungsdatenbank.html

und

<http://www.lgb-rlp.de/hangstabilitaetskarte.html> zu finden.

Abwägung:

Die allgemeinen Hinweise zu den DIN-Vorschriften werden ebenfalls zur Kenntnis genommen und sind in den Unterlagen bereits berücksichtigt. Der Hinweis zu Stabilität des Untergrundes wird ebenfalls zur Kenntnis genommen. Dies ist in den weiteren BImSch-Antragsunterlagen zu prüfen.

Sachbericht:

– **mineralische Rohstoffe:**

Keine Einwände

Abwägung:

Hier werden keine Einwände vorgetragen. Es ist hier keine Abwägung erforderlich.

Sachbericht:

– **Radonprognose:**

Das Plangebiet liegt innerhalb eines Bereiches mit intensiver Bruchtektonik, in dem ein erhöhtes bis hohes Radonpotential bekannt ist bzw. nicht ausgeschlossen werden kann.

Radonmessungen in der Bodenluft des Bauplatzes oder Baugebietes werden dringend empfohlen. Die Ergebnisse sollten Grundlage für die Bauplaner und Bauherren sein, sich ggf. für bauliche Vorsorgemaßnahmen zu entscheiden.

Wir bitten darum, uns die Ergebnisse der Radonmessungen mitzuteilen, damit diese in anonymisierter Form zur Fortschreibung der Radonprognosekarte von Rheinland-Pfalz beitragen.

Studien des Landesamtes für Geologie und Bergbau haben ergeben, dass für Messungen im Gestein/Boden unbedingt Langzeitmessungen (ca. 3-4 Wochen) notwendig sind. Kurzzeitmessungen sind hierbei nicht geeignet, da die Menge des aus dem Boden entweichenden Radons in kurzen Zeiträumen sehr stark schwankt. Dafür sind insbesondere Witterungseinflüsse wie Luftdruck, Windstärke, Niederschläge oder Temperatur verantwortlich. Nur so können aussagefähige Messergebnisse erzielt werden. Es wird deshalb empfohlen, die Messungen in einer Baugebietsfläche an mehreren Stellen, mindestens 6/ha, gleichzeitig durchzuführen. Die Anzahl kann aber in Abhängigkeit von der geologischen Situation auch höher sein.

Die Arbeiten sollten von einem mit diesen Untersuchungen vertrauten Ingenieurbüro ausgeführt werden und dabei die folgenden Posten enthalten:

- Begehung der Fläche und Auswahl der Messpunkte nach geologischen Kriterien;*
- Radongerechte, ca. 1m tiefe Bohrungen zur Platzierung der Dosimeter, dabei bodenkundliche Aufnahme des Bohrgutes;*
- Fachgerechter Einbau und Bergen der Dosimeter;*
- Auswertung der Messergebnisse, der Bodenproben sowie der Wetterdaten zur Ermittlung der Radonkonzentration im Messzeitraum und der mittleren jährlichen Radonverfügbarkeit;*
- Kartierung der Ortsdosisleistung (gamma);*
- Interpretation der Daten und schriftliches Gutachten mit Bauempfehlungen.*

Fragen zur Geologie im betroffenen Baugebiet sowie zur Durchführung der Radonmessung in der Bodenluft beantwortet gegebenenfalls das Landesamt für Geologie und Bergbau. Informationen zum Thema Radonschutz von Neubauten und Radonsanierungen können dem "Radon-Handbuch" des Bundesamts für Strahlenschutz entnommen werden.

Abwägung:

Die allgemeinen Hinweise zu Radonvorkommen werden zur Kenntnis genommen. Es handelt sich bei der Errichtung einer Windkraftanlage nicht um eine Wohnnutzung, sodass die Radonuntersuchung bei dieser Bebauungsplanänderung entbehrlich ist.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:
Nein-Stimmen:
Stimmenthaltungen:

2.15 Stellungnahme der Generaldirektion Kulturelles Erbe, Direktion Landesarchäologie, Außenstelle Speyer

Sachbericht:

Sehr geehrte Damen und Herren,

Die vorgelegten Maststandorte sind außerhalb von Grabungsschutzgebieten geplant worden. Es bestehen daher keine grundsätzlichen Bedenken gegen diese Auswahl. Da jedoch nur ein geringer Teil der tatsächlichen im Boden vorhandenen, prähistorischen Denkmale bekannt ist, ist die Zustimmung der Direktion Landesarchäologie an die Übernahme folgender Punkte gebunden. Diese Auflagen gelten für Mast- und Kranstandorte, Neu-, Umbau bzw. Ertüchtigung der Zuwegung sowie für die notwendigen Trassen der Ver- bzw. Entsorgungsleitungen. Die Detailplanung ist noch abzustimmen.

1. Bei der Vergabe der Maßnahmen für Leitungs- und Baumaßnahmen an den Standorten hat der Planungsträger bzw. die Gemeindeverwaltung, sowie für die späteren Erdarbeiten der Bauträger/ Bauherr, die ausführenden Baufirmen vertraglich zu verpflichten, mit uns zu gegebener Zeit, 4 Wochen im Voraus, den Beginn der Arbeiten gemeinsam zu terminieren, damit wir diese überwachen können.
2. In Bereich der Standorte und der Nebenanlagen ist für das Baufenster der Mutterbodenabtrag mit geeignetem Gerät (Bagger mit breitem zahnlosem Böschkübel) separat durchzuführen und terminlich mit uns abzustimmen.

3. Die ausführenden Baufirmen sind eindringlich auf die Bestimmungen des Denkmalschutzgesetzes vom 26.11.2008 (GVBl. 2008 S.301ff) hinzuweisen. Danach ist jeder zutage kommende, archäologische Fund unverzüglich zu melden, die Fundstelle soweit als möglich unverändert zu lassen und die Gegenstände sorgfältig gegen Verlust zu sichern.
4. Absatz 1 und 2 entbinden Bauträger/Bauherrn bzw. entsprechende Abteilungen der Verwaltung jedoch nicht von der Meldepflicht und Haftung gegenüber der Direktion Landesarchäologie, Speyer.
5. Sollten wirklich archäologische Objekte angetroffen werden, so ist der Landesarchäologie ein angemessener Zeitraum einzuräumen, damit Rettungsgrabungen, in Absprache mit den ausführenden Firmen, planmäßig den Anforderungen der heutigen archäologischen Forschung entsprechend durchgeführt werden können. Im Einzelfall ist mit Bauverzögerungen zu rechnen.
6. Die Kosten für eventuelle Rettungsgrabungen sind vom Betreiber zu übernehmen

Die Punkte 1 – 6 sind auch in die Genehmigungen und Bauausführungspläne als Auflagen zu übernehmen.

Die Archäologische Denkmalpflege ist trotz dieser Stellungnahme am weiteren Verfahren zu beteiligen.

Diese Stellungnahme betrifft ausschließlich die archäologischen Kulturdenkmäler und ersetzt nicht Stellungnahmen der Direktion Landesdenkmalpflege zu den Baudenkmalern und der Direktion Landesarchäologie-Erdgeschichte in Mainz. Eine interne Weiterleitung ist nicht möglich.

Rein vorsorglich müssen wir darauf hinweisen, dass sich im Planungsgebiet bisher nicht bekannte Kleindenkmäler (wie Grenzsteine) befinden können. Diese sind selbstverständlich zu berücksichtigen bzw. dürfen von Planierungen o.ä. nicht berührt oder von ihrem angestammten, historischen Standort entfernt werden. Während etwaiger Maschineneinsätze sind sie vor Beschädigungen zu schützen.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen selbstverständlich gerne zur Verfügung.

Abwägung:

Die Hinweise, dass keine grundsätzlichen Bedenken bestehen, da sich der Maststandort außerhalb von Grabungsschutzgebieten befindet, werden zur Kenntnis genommen. Die allgemeinen Hinweise werden in den Unterlagen, falls noch nicht geschehen, übernommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:

Nein-Stimmen:

Stimmenthaltungen:

2.16 Stellungnahme des Forstamtes Otterberg

Sachbericht:

Es wird erklärt, dass gegen den vorgelegten Entwurf der Bebauungsplanänderung "Windpark Schößbusch" aus forstlicher Sicht keine Bedenken bestehen. Es wird darauf hingewiesen, dass hinsichtlich der ergänzenden Ausgleichsmaßnahmen im Rahmen des Umweltberichtes zum Entwurf eine Stellungnahme abgegeben wird.

Abwägung:

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Eine Abwägung ist nicht erforderlich.

2.17 Stellungnahme des Dienstleistungszentrums Ländlicher Raum, Kaiserslautern

Sachbericht:

Es wird erklärt, dass keine Bedenken vorgetragen werden.

Abwägung:

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Eine Abwägung ist nicht erforderlich.

2.18 Stellungnahme der Deutschen Telekom Technik GmbH, TINL Südwest, Kaiserslautern

Sachbericht:

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrter Herr Schmitt,

die Telekom Deutschland GmbH (nachfolgend Telekom genannt) - als Netzeigentümerin und Nutzungsberechtigte i. S. v. § 68 Abs. 1 TKG - hat die Deutsche Telekom Technik GmbH beauftragt und bevollmächtigt, alle Rechte und Pflichten der Wegesicherung wahrzunehmen sowie alle Planverfahren Dritter entgegenzunehmen und dementsprechend die erforderlichen Stellungnahmen abzugeben. Zu der o. g. Planung nehmen wir wie folgt Stellung:

Bitte beachten Sie bei Ihren weiteren Planungen, dass die Telekom ggf. nicht verpflichtet ist, den Windkraftpark / die Windkraftanlage an ihr öffentliches Telekommunikationsnetz anzuschließen.

Wir weisen darauf hin, dass die in unmittelbarer Nähe der geplanten Anlage verlaufende Telekommunikationslinie der Telekom bei eventuell auftretenden atmosphärischen Entladungen besonders gefährdet ist.

Wir bitten daher schon bei der Festlegung der Standorte einen Abstand von mindestens 15 m zwischen den Erdungsanlagen der geplanten Anlage und der Telekommunikationslinie der Telekom zu berücksichtigen.

Bei Konkretisierung Ihrer Planungen durch einen Bebauungsplan ist eine Planauskunft und Einweisung von unserer zentralen Stelle einzufordern:

Deutsche Telekom Technik GmbH
Zentrale Planauskunft Südwest
Chemnitzer Str. 2 67433 Neustadt a.d. Weinstr.
E-Mail: planauskunft.suedwest@telekom.de

Weiterhin weisen wir daraufhin, dass Sie sich bei allen Richtfunknetzbetreibern Auskünfte über Richtfunkstrecken einholen. Als zentrale Adresse empfehlen wir die Bundesnetzagentur zu beteiligen:

Bundesnetzagentur
Referat 226/Richtfunk
Fehrbelliner Platz 3
10707 Berlin

Sollte der weitere Verfahrensverlauf ergeben, dass Belange der Telekom - z. B. das Eigentum der Telekom, die ungestörte Nutzung ihres Netzes sowie ihre Vermögensinteressen - konkret berührt sind, behalten wir uns vor, unsere Interessen wahrzunehmen und entsprechend auf das Verfahren einzuwirken. Aus diesem Grunde bitten wir Sie um Beteiligung bei den weiteren Planungen.

Abwägung:

Die Hinweise zu den Mindestabständen zu bestehenden Anlagen der Deutschen Telekom hinsichtlich atmosphärischer Entladung bei den Windenergieanlagen werden zur Kenntnis genommen. Dies wird in der weiteren Planung im Rahmen des BImSch-Antrages detailliert geprüft. Eine Berücksichtigung in der Planung ist deshalb nicht erforderlich. Es erfolgt ein allgemeiner Hinweis in den Planunterlagen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:

Nein-Stimmen:

Stimmenthaltungen:

2.19 Stellungnahme der Amprion GmbH, Betrieb/Projektierung, Dortmund

Sachbericht:

Es wird erklärt, dass keine Höchstspannungsleitungen der Amprion GmbH oder keine Planungen aus heutiger Sicht betroffen sind. Es sind hierbei nur Anlagen des 220- und 380-kV-Netzes betroffen.

Abwägung:

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Eine Abwägung ist nicht erforderlich.

3. Stellungnahmen aus der Öffentlichkeitsbeteiligung

3.1 Stellungnahme der Bürgerinitiative Gegenwind, c/o Klaus Kleber, Niederkirchen

Sachbericht:

Sehr geehrter Herr Hesch,

im Amtsblatt 24/2014 vom 12. Juni 2014 informieren Sie über geplante Änderungen. Es ist schon verwunderlich, wenn Sie jetzt, kurz nach der Wahl darüber informieren, dass Sie den schon im Dezember 2012 demontierten WEA 1 Standort mit ca. 100 m Gesamthöhe, gegen eine neue WEA mit max. 200 m ersetzen wollen.

In einer vorausgegangen Ratsitzung vom 8.5.2013 haben Sie gemeinsam mit Juwi noch besonders positiv herausgestellt, dass die geplanten neuen WEA 300 m weiter nördlich der Wohnbebauung erstellt werden sollen. Dazu hatten wir noch in der Sitzung eingeworfen... dass Sie damit auch rücksichtslos 300 m näher an Wörsbach rücken... und wurden dazu von Ihnen gerügt...

Aber es ist offensichtlich Ihre Geisteshaltung, dass Sie die Nachbargemeinden nicht interessieren. Nur so ist Ihre Einstellung zu verstehen, wenn Sie nach Ablehnung im Verbandsgemeinderat vom 13.2.2014 wegen ...Einkesselung verschiedener Ortsgemeinden und Verspargelung der Landschaft... in der Gemeinderatssitzung vom 9.5.2014 erneut die Aufnahme dieser WEA Flächen im FNP, östlich von Olsbrücken, in Sichtweite von Schallodenbach, fordern.

Mit der Ausweisung von zusätzlich 1,6 ha über den FNP, planen Sie ja offensichtlich einen weiteren WEA Standort, mit 800 m Abstand zum Nachteil von Wörsbach.

Ihr persönliches Wahlergebnis mit nur 5 % Differenz zur SPD sollte Ihnen zu denken geben – nicht nur wegen Ihrer fragwürdigen Windkraftpolitik.

Abwägung:

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen und die Anschuldigungen zurückgewiesen. Es geht hier um die Änderung des Bebauungsplanes "Schößbusch", der dazu dient, eine bereits demontierte Windkraftanlage durch eine neuere, modernere, höhere Anlage zu ersetzen (Repowering) und die dadurch erforderlichen bauplanungsrechtlichen Voraussetzungen durch Änderung des Bebauungsplanes zu schaffen. Die hier vorgetragenen Hinweise beziehen sich jedoch im Wesentlichen auf die Flächennutzungsplanänderung, was nicht Inhalt des Bebauungsplanes ist. Durch die Errichtung der neuen Windkraftanlagen mit 200 m Höhe werden gegebenenfalls neue Beeinträchtigungen entstehen, die durch den BImSch-Antrag detailliert geprüft werden, um den Immissionsschutz für angrenzende Ortsgemeinden zu gewährleisten. Der geplante Standort der Bebauungsplanänderung ist jedoch weitgenug von Ortsgemeinden entfernt, sodass mit keinen Beeinträchtigungen zu rechnen ist. Zumal die geplante Anlage wesentlich leiser sein wird als die noch vorhandenen und die bereits abgebrochenen Anlagen.

Die Bedenken werden deshalb zurückgewiesen. Die Gemeinde hält an ihrer Planung fest.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:

Nein-Stimmen:

Stimmenthaltungen:

Gemeinderatsbeschluss

Die Gemeinde Olsbrücken hat nach reiflicher Prüfung alle Stellungnahmen und Hinweise sowie Anregungen sach- und fachgerecht gegeneinander abgewogen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:

Nein-Stimmen:

Stimmenthaltungen:

Olsbrücken, den